Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Inserate übernehmen ausserhalb Berlins: Bonn: M. Cohen. — Bremen: E. Schlotte. Wilh. Scheller. — Stettin: S. Salomon. — Frankfurt a. M.: G. L. Daube & Co. — Hamburg: Haasenstein & Vogler, Joh. Nordhaus, Adolf Steiner, William Wilken. — Görlitz: C. Schoenwald. — Mainz: D. Franz. — Minden: C. Marowski. —

Wien: M. Dukes, I., Wollzeile No. 8—8; A. Oppelik, I., Stubenbastei 2. — Frankreich, England und Belgien: Alleinige Annahme bei der Compagnie générale de Publicité étrangère, John F. Jones & Cie. in Paris, 31bis rue du Faubourg Montmartre. — Schweiz: Orell Füssli & Co., Zürich.

Nr. 550. [32. Jahrgang.] **Berlin, Mittwoch den 23. November 1892, Abends.** **[32. Jahrgang.] Nr. 550.**

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint täglich Morgens und Abends, mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag Morgen; bei besonderen Ereignissen in Extra-Ausgaben. Der Abonnementspreis beträgt für das Deutsche Reich und die österreichisch-ungarische Monarchie vierteljährlich **7 Mark 50 Pf.**, für **das übrige Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Abonnements werden bei den betreffenden Postanstalten angenommen.** Für **Berlin** nehmen **sämmtliche Zeitungs-Spediteure** und die **Expedition** dieser Zeitung, **Wilhelmstraße 32,** Abonnements vierteljährlich zum Preise von **7 Mark 50 Pf.**, sowie die **Post-Expeditionen** für **8 Mark** inkl. Bestellgebühr entgegen. Preis der einzelnen Nummer 10 Pf. Inserate nimmt die Expedition zum Preise von **40 Pf.** pro fünfspaltene Petitzeile an. Beiträge für die **Redaktion** der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" sind an diese: **Berlin 48, SW. Wilhelmstraße 32,** zu richten, **und wird gleichzeitige Honorarangabe erbeten.**

Fernsprech-Anschluß Amt 6 Nr. 3248. **Nachträgliche Honoraransprüche finden keine Berücksichtigung;** unbenützte Einsendungen können nicht aufbewahrt werden. **Fernsprech-Anschluß Amt 6 Nr. 3248.**

Für den Monat **Dezember** eröffnen wir ein besonderes **Abonnement zum Preise von ℳ 2,50.** Bestellungen werden bei allen **Reichs-Postanstalten,** in Potsdam bei **A. H. Pusch,** Kanal Nr. 10, außerdem in **Berlin** bei den **Zeitungs-Spediteuren** und in der Expedition der **„Nordd. Allg. Ztg.",** Wilhelmstraße Nr. 32, angenommen.

Die in dieser Zeit zu erwartenden **parlamentarischen Verhandlungen** werden von **ganz ungewöhnlicher Tragweite** sein und das Interesse der weitesten Kreise auf sich ziehen. Unsere Leser wissen, welche Sorgfalt wir von jeher einer **objektiven parlamentarischen Berichterstattung** und Kommentirung gewidmet haben; wir dürfen daher wohl die Bitte an sie richten, im Kreise ihrer Freunde auf diese Umstände in empfehlender Weise aufmerksam zu machen. Probenummern stehen gern zu Diensten.

Politischer Tagesbericht.

Berlin, 23. November.

Die Schwäche der Grundlagen, von welchen aus die offenen und versteckten Gegner der Reichspolitik dieselbe bekämpfen, zeigt sich in sehr bemerkenswerther Weise in den Formen, in denen man sich mit der gestrigen Thronrede abzufinden sucht.

Darüber kann auf keiner Seite ein Zweifel bestehen, daß der Inhalt der Thronrede geeignet ist, so manche jener Unklarheiten und Trübungen zu zerstreuen, welche über die Absichten und Ziele der Reichsregierung, über die in deren maßgebenden Kreisen obwaltenden Stimmungen tendenziöser Weise verbreitet worden waren. Ist aber eine solche Klärung ein für jeden Politiker erwünschtes Ereigniß — davon gar nicht zu reden, was es für den Patrioten bedeutet —, so darf man billiger Weise erstaunt sein, wenn die Thronrede gerade nach dieser Seite hin kaum Beachtung findet, wenn deren so zu sagen beiläufige Kritik sich hinter der Bemerkung verbirgt, sie enthalte „nichts Neues" und es sei daher nichts weiter zu ihr zu bemerken, während es andererseits an „Wenns" und "Abers" und auch nicht an „Warums" fehlt.

Es handelt sich bei dieser, dem Sachverhalt so wenig gerecht werdenden Behandlungsweise keineswegs allein um die Gegnerschaft wider die Militärvorlage, sondern es handelt sich darin um ein erneutes Zugeständniß an jenes weit verbreitete, weniger aus Thatsachen als aus Stimmungen entspringende Mißbehagen, dem vielfach Vorschub geleistet wird, da in trübem Wasser mancherlei egoistische Zwecke aussichtsvoller ersteht werden können.

Eine Opposition mit offenen Zielen kann man verstehen, bekämpfen, widerlegen; sie gehört gewissermaßen zu den nothwendigen Requisiten des parlamentarischen Wesens. Eine solche Opposition aber verkriecht sich nicht hinter zweideutige Redensarten; sie bekämpft, sie verneint, sie stellt ihre Auffassungen denen des wirklichen oder vermeinten Gegners gegenüber. In dem oben angedeuteten Verfahren aber ist von alledem nichts zu finden; es zeigt sich darin nur das Bestreben, Vertrauen und Zuversicht nicht aufkommen zu lassen.

Der gesunde Sinn im Volke wird aber hoffentlich doch dahin führen, daß all' solcher Stimmungsmacherei zum Trotz richtig verstanden wird, wie die Thronrede jene Nebel zerstreut hat, welche tendenziösen Zwecken zu Liebe über unser öffentliches Leben gebreitet werden, und das Volk wird dankbar dafür sein, daß ihm der freie Ein- und Ausblick geöffnet worden ist. Mit Mandgloßen, welche nur darauf abzielen, Zweifel zu erwecken und hypochondrische Grillen zu nähren, kann die Wirkung einer offenen und vertrauensvollen Ansprache nie dauernd aufgehalten und ebensowenig je gar in das Gegentheil verkehrt werden.

Die heutige (2.) Plenarsitzung des **Reichstags** eröffnete Präsident v. Levetzow um 1 Uhr 20 Minuten mit geschäftlichen Mittheilungen. Gleich im Beginn der Sitzung erschien Reichskanzler Graf v. Caprivi am Bundesrathstisch. Auf der Tagesordnung steht die Wahl der Präsidenten und Schriftführer. Auf Antrag des Abg. von Marquardsen wird das bisherige Präsidium, die Herren v. Levetzow, Graf v. Ballestrem und Dr. Baumbach durch Zuruf wiedergewählt. Herr v. Levetzow nahm die Wahl mit einigen herzlichen Dankesworten an. Ebenso nahmen die beiden Herren Vizepräsidenten die Wahl dankend an. Auch die acht Schriftführer wurden durch Zuruf gewählt. Der Präsident berief die Herren Abgg. Dr. Büttcher und Kritzler zu Quästoren. Damit ist das Haus konstituirt. Der Präsident wird Sr. Majestät dem Kaiser davon Meldung machen. Präsident v. Levetzow ehrte dann das Andenken derjenigen Mitglieder, welche das Haus seit der vorigen Session durch den Tod verloren hat, in üblicher Weise durch Erheben von den Sitzen. Die Interpellation des Abg. Dr. Petri (siehe Parlament.) wurde verlesen. Der Präsident werde dieselbe in den nächsten Tagen auf die Tagesordnung setzen. — Darauf nahm unter großer Spannung des Hauses Reichskanzler Graf v. Caprivi das Wort, um zwei Militärvorlagen, betr. die Ersatzvertheilung und die Friedenspräsenzstärke des Heeres einzubringen. Der Herr Reichskanzler betonte, daß die verbündeten Regierungen sich der Verantwortlichkeit mit diesen Vorlagen voll bewußt seien. In den Vorlagen handle es sich um schwerwiegende Fragen, welche vom Parteistandpunkte beurtheilt werden dürften, bei denen es sich vielmehr um die Zukunft Deutschlands handle. Er werde zur Begründung der Vorlagen keine Schwarzmalerei treiben, sondern lediglich die reine Wahrheit darlegen, von „Krieg in Sicht" könne keine Rede sein, wir ständen mit allen Ländern in guten Beziehungen, und seit er an dieser Stelle stehe, habe kein Land es uns schwer gemacht, diese guten Beziehungen zu erhalten; aber wir hätten auch nichts von Auslande erwollt, was die Beziehungen hätte trüben können. Wir verfolgten keine aggressive Politik, aber auch wenn wir es thun wollten, so wisse er keinen Siegespreis, der uns dazu treiben könnte. Wenn Frankreich z. B. wollten wir nichts, wir hätten keine Lust, uns französischen Bober anzueignen, Nicht-Deutsche zu Deutschen zu machen; auch die Milliarden hätten mancherlei Unguinst mitgebracht. Betreffs der Kolonien hätten wir an diesen eigenen genug. Ein Sieg über Frankreich würde uns nicht so leicht werden wie 1870, wir müßten Truppen an der Ostgrenze zurücklassen; aber gesetzt, wir rückten in Frankreich ein und siegten, überwänden die Sperrforts, kämen wir die großen Festungen kämen endlich zum Ziel, würden wieder Herren von Paris, was wäre dann weiter? Hätten wir Ruhe erkämpft für 20 Jahre? Müßten wir nicht nach solchem provokatischen Kriege stärker rüsten, als heute und je? Niemals wird Deutschland solchen Präventivkrieg führen. — Der Herr Reichskanzler geht dann ausführlich auf die bekannte Emser Depesche ein und konstatirt an der Hand authentischen Materials, daß Deutschland Frankreich nicht provozirt, daß der Fürst Bismarck Depeschen nicht gefälscht habe, daß Kaiser Wilhelm I. feineswegs, wie behauptet worden, zu nachgiebig gewesen sei. Das Promemoria des Prinzen Radziwill sei dem Auswärtigen Amte nicht telegraphisch, sondern erst am 17. Juli mit andern Akten zugegangen. Die echte, bisher nicht bekannt gegebene Depesche trage die Nummer A 2301, sei von Herrn Abeken verfaßt und in Berlin eingetroffen am 13. Juli, Abends 6 Uhr 42 Minuten. Der Herr Reichskanzler verlas nunmehr die Depesche, worin schließlich der König dem Grafen Bismarck anheimstellt, ob nicht die Zurückweisung Benedetti's den Gesandtschaften und der Presse mitgetheilt werden sollte. Dieselbe lautet wörtlich:

Ems, den 13. Juli 1870.

Seine Majestät der König schreibt mir:

Graf Benedetti fing mich auf der Promenade ab, um auf zuletzt sehr zudringliche Art von mir zu verlangen, ich sollte ihn autorisiren, sofort zu telegraphiren, daß ich für alle Zukunft mich verpflichtete, niemals wieder meine Zustimmung zu geben, wenn die Hohenzollern auf ihre Kandidatur zurückkämen. Ich wies ihn zuletzt, etwas ernst, zurück, da man à tout jamais dergleichen Engagements nicht nehmen dürfe noch könne. Natürlich sagte ich ihm, daß ich noch nichts erhalten hätte und, da er über Paris und Madrid früher benachrichtigt sei, als ich, er wohl einsähe, daß mein Gouvernement wiederum außer Spiel sei."

Se. Majestät hat seitdem ein Schreiben des Fürsten bekommen. Da Se. Majestät dem Grafen Benedetti gesagt, daß er Nachricht vom Fürsten erwarte, hat Allerhöchstderselbe, mit Rücksicht auf die obige Zumuthung, auf des Grafen Eulenburg und meinen Vortrag, beschlossen, den Grafen Benedetti nicht mehr zu empfangen, sondern ihm nur durch einen Adjutanten sagen zu lassen: daß Se. Majestät jetzt vom Fürsten die Bestätigung der Nachricht erhalten, die Benedetti aus Paris schon gehabt, und dem Botschafter nichts weiter zu sagen habe.

Se. Majestät stellt Eurer Exzellenz anheim, ob nicht die neue Forderung Benedetti's und ihre Zurückweisung sogleich, sowohl unserm Gesandten, als in der Presse mitgetheilt werden soll.

gez. Abeken.

Die hierauf erlassene durch ein Extrablatt der „N. A. Z." gleichzeitig der Oeffentlichkeit übergebene Depesche lautet:

Nachdem die Nachrichten von der Entsagung des Erbprinzen von Hohenzollern der kaiserlich französischen Regierung von der königlich spanischen amtlich mitgetheilt worden sind, hat der französische Botschafter in Ems an Se. Majestät den König noch die Forderung gestellt, ihn zu autorisiren, daß er nach Paris telegraphire, daß Se. Majestät der König sich für alle Zukunft verpflichte, niemals wieder seine Zustimmung zu geben, wenn die Hohenzollern auf ihre Kandidatur wieder zurückkommen sollten. Se. Majestät der König hat es darauf abgelehnt, den französischen Botschafter nochmals zu empfangen, und demselben durch den Adjutanten vom Dienst sagen lassen, daß Se. Majestät dem Botschafter nichts weiter mitzutheilen habe.

Weitere vom Herrn Reichskanzler verlesene Depeschen aus jenen Tagen beweisen, wie wenig König Wilhelm I. daran gedacht habe, zurückzuweichen. Hiernach wäre erwiesen, daß nachdem die Kandidatur Hohenzollern zurückgezogen war, für Frankreich kein Grund vorlag, mehr zu verlangen, nach dem einstimmigen Urtheile des Auslandes. Wenn Frankreich mehr verlangte, so wollte es den Krieg heute, hätte Deutschland damals provozirende Absichten gehabt, deshalb habe er Werth darauf gelegt, diese Angelegenheit klar zu stellen. (Beifall.) Der Herr Reichskanzler geht sodann zu einer Schilderung der Entwickelung über, die die auswärtige Lage seit 1870 genommen. Selbst wenn wir Elsaß-Lothringen nicht genommen hätten, würde in Frankreich die Revanchelust bestehen. Seine Aufgabe sei nicht, die militärischen Details der Vorlage zu vertreten, das sei Sache der Militärverwaltung; aber Frankreich strebe eine Revision der politischen Karte an. Anderes liege es auch der anderen Seite; es gebe kein Moment der Trübung nach Osten, und er freue sich, aussprechen zu können, daß unsere guten Beziehungen zu Rußland auf den Sympathieen des Kaisers von Rußland beruhten, der unsere loyale Politik hochschätze. Zu bedauern sei, daß dieses Verhältniß von der deutschen Presse nicht beachtet und der Zar persönlich angegriffen sei; leider lasse das Preßgesetz keine Remedur für solche Dinge zu. Indessen dürfe man nicht verlernen, daß uns gegenüber Elemente in Rußland an Kraft gewönnen; die russische Politik und Militärverwaltung rechneten alle beide mit langen Zeiträumen, und man sei dort überzeugt, der nächste Feind komme nicht nach Süden, sondern nach Westen geben. Das Vorgehen der russischen Militärverwaltung sei durchaus zielbewußt und zwinge uns, auch mit der Eventualität eines russischen Krieges zu rechnen. Die Annäherung zwischen Rußland und Frankreich sei eine Thatsache, nicht erst seit 1890, und das Verhalten der russischen Presse gegen Deutschland sei immer weniger freundlich geworden. Allerdings bleibe ihm die deutsche nichts schuldig. Wir hätten alle Ursache, zu prüfen, ob unsere Wehrkraft der Lage nach gewachsen sei; denn wegen der russisch-französischen Annäherung könnten wir doch Elsaß-Lothringen nicht aufgeben. So wenig wir Rußland oder Frankreich angreifen wollten, müßten wir doch den Krieg mit zwei Fronten ins Auge fassen, wie das schon 1887 bei der damaligen Vorlage seitens des damaligen Reichskanzlers angekündigt worden sei. Unsere ganze Machtstellung, unsere Weltstellung hänge von unserer militärischen Leistungsfähigkeit ab, und je stärker wir seien, desto eher könnten wir auf Bundesgenossen rechnen. Die hätten wir ja in dem von dem Fürsten Bismarck als dessen höchstes Verdienst geschaffenen Dreibund; aber dieser dürfe und könne uns nicht abhalten, uns militärisch leistungsfähig zu machen. Im Dreibund würde, wenn es zum Kriege käme, die Hauptlast doch nur auf uns fallen, und das wäre auch insofern keine Ungerechtigkeit, als wir nur mit zwei Fronten zu thun haben würden. Unsere Nachbaren hätten ihre Wehrkraft in einer unvergleichlichen Weise verstärkt; wir hätten uns aus wirthschaftlichen und anderen Gründen mit einer Reihe von Nothbehelfen begnügt. Da die verbündeten Regierungen nicht glaubten, vor einem nahen Kriege zu stehen, so schlugen sie jetzt keine Mittel ad hoc, sondern für die Zukunft wirksame und nachhaltige Maßnahmen vor. Der Herr Reichskanzler charakterisirte jene Nothbehelfe im Einzelnen. Der Herr Reichskanzler berichtete über die Staatsministerialäußerungen im März 1890 und betonte, daß er sich persönlich vollständig in Uebereinstimmung mit den damaligen Forderungen des Fürsten Bismarck und des Kriegsministers von Verdy befinde, daß er aber diese Forderungen in ihrer vollen Ausdehnung der Windthorstschen Resolution gegenüber nicht für erreichbar habe halten können. Die Tüchtigkeit unserer Armee sei auch heute noch vollständig unbestritten. Aber die Zahl komme doch auch in Betracht. Wir wollten indeß nicht Zahlen, sondern Werthe schaffen, und wenn wir der ganzen Zahl nicht bedürften, liege es näher, die älteren Jahrgänge zurückzuziehen und zu schonen. Bei der Frage, ob Landwehr oder Linie handle es sich nicht darum, was hat die Landwehr geleistet, sondern was kann man der Landwehr zumuthen? Es sei doch jedenfalls wohl richtig, in erster Linie die jüngeren Truppentheile heranzuziehen, aber die Landwehr zu schonen. Die Verfügung dieser Truppe sei daher der Hauptzweck der ganzen Vorlage. Der Herr Reichskanzler schilderte drastisch die Lage des zu den Fahnen einberufenen, beharrlichen Landwehrmannes. Die Dyfer, die er dem Vaterlande bringe, wisse er wohl zu schätzen. Der Name des deutschen Landwehrmannes bleibe für alle Zeiten ein Ehrenname. (Der Schluß des Berichts (3½ Uhr) dauert die Rede des Reichskanzlers Grafen v. Caprivi fort.)

Das **Abgeordnetenhaus** setzte in seiner heutigen (7.) Sitzung, die um 11½ Uhr vom Präsidenten v. Koller eröffnet wurde, die erste Lesung des Gesetzentwurfs, betr. Aufhebung direkter Steuern in Verbindung mit der Denkschrift, betr. das Gesetz, betr. Reform der Grund- und Gebäudesteuer, und Gesetz, betr. Aufhebung direkter Steuern in Verbindung mit der Denkschrift, betr. Reform der Gewerbesteuer fort. Abg. Dr. Friedberg (nl.) stellt im Gangen auf dem Boden der Steuerreform und kann deshalb nicht große Rücksicht auf die Interessen Einzelner nehmen. Es werde bei solcher Reform stets unvermeidlich sein, daß einzelne Personen und Berufsklassen benachteiligt werden. Die Gewerbesteuer sei ein Ausfluß der Agrarier seien wohl übertrieben; es werden sich Bestimmungen treffen lassen, um diese Zuwendungen in gerechter Weise zu regeln. Bedenklich seien aber die Benachtheiligungen, welche einzelnen Klassen der Bevölkerung aus der Reform erwachsen und welche ihn zu einem parteilosen Gegner der Reform machen. Die Ueberweisung der Gebäudesteuer dürfte vielleicht auf einen günstigeren Zeitpunkt verschoben werden können. In Verbindung mit der Gewerbesteuer sei das Börsensteuerprojekt ein bedenkliches Unternehmen. Solche Kapitalsfeindlichen Tendenzen könnten unsere wirthschaftlichen Verhältnisse schwer schädigen. Die Städte würden trotz der Zuweisungen neuer Einnahmequellen immer auf indirekte Steuern angewiesen bleiben und befänden sich dabei auch ganz wohl, wie namentlich die Stadt Berlin beweist. Die Vermögenssteuer solle diesen zur Deckung des Ausfalls an Staatssteuern, sie solle aber auch eine stärkere Belastung des fundirten Besitzes herbeiführen. Auch die Unterscheidung zwischen fundirtem und unfundirtem Besitz sei nicht durchführbar. Es handele sich da um ein Problem, dessen Lösung zugleich die Lösung der sozialen Frage bedeuten würde, und so lange noch eine Privatwirthschaft bestehe, so lange werde eine konsequente Durchführung der Unterscheidung von fundirtem und unfundirtem Vermögen nicht möglich sein. Die Erbschaftssteuer erscheine ihm allerdings wesentlich besser, besondere Beachtung verdiene die direkte Erbschaftssteuer, die bei analoger Berücksichtigung in Preußen 23 Millionen einbringen würde. Auch eine Ergänzung der Einkommensteuer würde der Vermögenssteuer vorzuziehen sein, schon weil dadurch die drückende Verdoppelung zur Vermögenssteuer vermieden würde. Unannehmbar wäre für ihn eine Reform ohne gleichzeitige Regelung des Wahlrechts und ohne gleichzeitiges Inkrafttreten eines Verwaltungsgesetzes. In Bezug auf das Wahlgesetz stehe er auf dem von dem Abg. Herrfurth dargelegten Standpunkte. Mit den Zielen der Reform nähere man sich einem Zustande idealer Gerechtigkeit. (Beifall.) Finanzminister Dr. Miquel kann sich dem Widerspruch gegen die einseitige Ueberweisung der Grund- und Gebäudesteuer und der Bergwerkssteuer nur anschließen. (Beifall.) Das würde die Ziele der Reform ändern, und wir werden damit auch nur halbe Arbeit machen. Dagegen irre der Vorredner, wenn er in den Vorlagen ein einseitiges Loschlagen auf das Kapital erblicke. Das Mißtrauen des Vorredners ist nach dieser Richtung hin völlig unbegründet Die genauere Unterscheidung zwischen fundirtem und unfundirtem Einkommen werde nöthig mit der Aufhebung und Ueberweisung der Realsteuern. Die Realsteuern ganz aus der Hand zu geben, ist nicht Absicht der Regierung gewesen. Die relativ günstigste Lösung des Problems der Unterscheidung zwischen fundirtem und unfundirtem Einkommen findet man in der Vermögenssteuer, sie biete auch die Möglichkeit, den gesammten Kapitalbesitz gleichmäßig zu besteuern und den Kapital ein zu erfassen. Der Grundbesitz ist stets zur die Besteuerung leicht zugänglich; bei dem Kapitalbesitz ist das nicht immer so leicht der Fall. Eine übermäßige Belastung des Kapitals liegt in der Ergänzungssteuer ganz gewiß nicht. Abg. Graf Limburg-Stirum (kons.): Die Steuerreform ist eingebracht, ganz nach den Vorschlägen, die von meinen politischen Freunden in Reden und in der Presse geforderet worden sind. Gegen eine plutokratische Gestaltung des Wahlrechts würden sie sich entschieden wehren; das neue Wahlrecht darf nach seiner Meinung nicht wesentlich von dem bisher gültigen verschieden sein. Daß die Grundsteuer eine ungerechte sei, empfinden namentlich die Besitzer, unrichtig sei auch, daß die Aufhebung der Grundsteuer ein Geschenk für die Besitzer ist, denn diese hätten nicht bloß ihre Steuer als Gemeindesteuer weiter zu zahlen, sondern sie würden auch noch durch die Vermögenssteuer belastet. Besonders bedenklich sei es, daß uns jetzt die 18 Millionen an Einkünften aus den landwirthschaftlichen Zöllen fehlen, die durch den Handelsvertrag mit Oesterreich so zu sagen auf die Straße geworfen sind, von denen Niemand aber einen Nutzen hat, die der Landwirthschaft schaden und die uns jetzt fehlen. Die Ergänzungssteuer erscheint uns in der Form der Vermögenssteuer am richtigsten. Wir hoffen auf diesem Wege am Besten dem angestrebten und von der großen Mehrheit des Hauses gebilligten Ziele der Steuerreform nahe zu kommen. (Beifall.) (Die Berathung dauert fort.)

Zur **Militärvorlage** schreibt die in München erscheinende „Korrespondenz Hoffmann":

„Bezüglich der Militärvorlage gehen immer noch Andeutungen durch die Blätter, als hätten einzelne Bundesregierungen eine grundsätzlich ablehnende Stellung eingenommen. Namentlich wird dies über einzelne größere Bundesregierungen verbreitet und die mehrfachen dagegen gerichteten Dementis scheinen zu wenig Beachtung gefunden zu haben. Gegenüber bezüglich der bayerischen Regierung können wir auf Grund zuverlässiger Erkundigung versichern daß dieselbe eine ablehnende oder abweichende Haltung gegenüber der Vorlage nicht eingenommen und ihr Votum in dieser wichtigen Frage von denjenigen Bundesgenossen nicht getrennt hat. Ein Dissens der Bundesregierungen bezüglich der Militärvorlage existirt nicht."

Die bereits angekündigte Vorlage, durch welche die dem Bundesrath ertheilte, mit dem 1. Dezember d. J. erlöschende Vollmacht, „die für die Einfuhr nach Deutschland vertragsmäßig bestehenden Zollbefreiungen und Zollermäßigungen auch solchen Staaten, welche einen vertragsmäßigen Anspruch hierauf nicht haben, gegen Einräumung angemessener Vortheile ganz oder theilweise zuzugestehen", bis zum 1. April 1893 verlängert werden soll, giebt in ihrer Begründung ein ausführliches Bild vom Stande der schwebenden handelspolitischen Verhandlungen. Dieselbe besagt:

„Durch das Reichsgesetz vom 30. Januar 1892 ist der Bundesrath ermächtigt worden, die für die Einfuhr nach Deutschland vertragsmäßig bestehenden Zollbefreiungen und Zollermäßigungen auch solchen Staaten, welche einen vertragsmäßigen Anspruch hierauf nicht haben, gegen Einräumung angemessener Vortheile ganz oder theilweise zu gewähren, bis zum 1. April 1893 verlängert werden zu soll, giebt in ihrer Begründung ein ausführliches Bild vom Stande der schwebenden handelspolitischen Verhandlungen. Dieselbe besagt:

„Durch das Reichsgesetz vom 30. Januar 1892 ist der Bundesrath ermächtigt worden, die für die Einfuhr nach Deutschland vertragsmäßig bestehenden Zollbefreiungen und Zollermäßigungen auch solchen Staaten, welche einen vertragsmäßigen Anspruch hierauf nicht haben, gegen Einräumung angemessener Vortheile ganz oder theilweise zuzugestehen", bis zum 1. April 1893 verlängert werden